

Gütsch-Besitzer distanziert sich

Stadt Luzern Das Stadtluzerner Château Gütsch gehört dem russischen Geschäftsmann Kirill Androsow. Wie sein Anwalt und Gütsch-Verwaltungsratspräsident Benno P. Hafner auf Anfrage schreibt, ist Androsow nicht von den Sanktionen rund um die Ukraine betroffen. «Androsow gilt nicht als Oligarch, sondern ist internationaler Investor», so Hafner. «Es gibt auch keine weiteren Einreisebeschränkungen für ihn.» Zudem kommentiert der Gütsch-Besitzer die aktuellen weltpolitischen Geschehnisse mit klaren Worten: «Herr Kirill Androsow distanziert sich in aller Form von allen kriegsereignissen in der Ukraine», schreibt Hafner. Die Château Gütsch AG sei eine schweizerische Gesellschaft, die normal durch Eigenkapital, Aktionärsdarlehen und Hypotheken einer Schweizer Bank finanziert sei, hält Hafner fest. (sma)

Viele Firmen von Erdgas abhängig

Kanton Luzern Der Krieg trifft die Wirtschaft in unserer Region: Industriekonzerne wie Dätwyler Schloss in der Ukraine ihre Werke, Exporte in die Ukraine und nach Russland sind eingeschränkt. Wer denkt, dass wegen Krieges nur jene Firmen leiden, die direkte Beziehungen zu Russland pflegen, irrt sich. Ebenso relevant sind Verfügbarkeit und Preis von Erdgas, sagt René Baggenstos, geschäftsführender Partner von Enerprice. Die Treuhandfirma mit Sitz in Root berät Geschäftskunden bei der Energiebeschaffung. «Russland hat bereits im letzten Herbst für tiefe Gasspeicher gesorgt», sagt Baggenstos. Das habe für höhere Preise gesorgt. «Der Gaspreis für Endkonsumenten in der Schweiz ist bereits rund doppelt so hoch wie letztes Jahr und die Grosshandelspreise in Europa sind heute viermal höher als im Februar 2021. Weil zunehmend mittels Gaskraftwerken Strom hergestellt wird, dürfte auch der Strompreis weiter steigen.»

Im Strombereich hat der höhere Gaspreis für Privatpersonen gemäss dem Experten vorerst keine Folgen. Ihre Energieversorger liefern Strom zu Tarifen, die am 1. August publiziert worden sind – und noch tief waren. Für kommenden 1. August dürften aber die Tarife stark steigen, vor allem bei Energieversorgern ohne eigene Produktion. Grössere Unternehmen können ihre Versorgung hingegen frei wählen. Wenn das nicht vorausschauend auf drei Jahre geschehe, wie es Baggenstos und sein Team raten, werden sich die höheren Kosten rasch auswirken. «Das werden einige Unternehmen in Form von Preiserhöhungen an die Kunden weitergeben.»

Erdgas ist noch verbreitet im Einsatz, vor allem im Heizungsbereich. EWL belieferte zum Beispiel 2020 ihre Kundinnen und Kunden bei der Wärmeenergie zu 18,2 Prozent mit Erdgas. Davon stammten 47 Prozent aus Russland. (avd)

Luzern setzt Ukraine-Taskforce ein

Im Kanton bereitet man sich auf eine Flüchtlingswelle vor – und sucht Plätze.

Christian Glaus

Von einem Tag auf den anderen sind sie in ihrem Land nicht mehr sicher. Inzwischen befinden sich rund eine halbe Million Ukrainerinnen und Ukrainer auf der Flucht, wie das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR schätzt.

Wie sich die Flüchtlingsströme auf die Schweiz auswirken werden, ist derzeit schwierig zu beurteilen. Je nach Dauer und Intensität des Kriegs könnten gemäss Schätzung des Bundes ein paar hundert oder ein- bis zweitausend Menschen in der Schweiz Zuflucht suchen.

Seit Ende letzter Woche wird nach Plätzen gesucht

Inzwischen bereitet man sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen vor – auch im Kanton Luzern, wie es beim zuständigen Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) auf Anfrage heisst. Regierungsrat Guido Graf (Mitte) habe der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen Ende letzter Woche den Auftrag erteilt, zusätzliche Plätze für Flüchtlinge aus der Ukraine bereitzustellen. Dienststellenleiterin Silvia Bolliger erklärt: «Wir sind bereits dabei, mögliche Objekte zu prüfen, können momentan aber noch keine Details dazu bekanntgeben.»

Innerhalb des Gesundheits- und Sozialdepartements wird nun eine Ukraine-Taskforce geschaffen, wie Bolliger sagt. Sobald der Bund entschieden hat, wie er die Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen regelt, werde sich die Taskforce der Koordination im Kanton Luzern



Ukrainische Flüchtlinge kommen in Polen an.

Bild: Lukasz Gagulski/EPA (28. Februar 2021)

annehmen. Ganz einfach dürfte dies allerdings nicht werden. Im Gegensatz zu früheren Flüchtlingswellen können die Ukrainerinnen und Ukrainer ohne Visum oder Asylgesuch in den Schengen-Raum einreisen, wo sie sich bis zu drei Monate aufhalten können. Die Flüchtlingsströme sind deshalb wohl nicht so einfach zu kontrollieren wie früher. Gemäss Bolliger wird der Kanton erst zuständig, wenn die Flüchtenden ein Asylgesuch stellen. «Es ist nicht möglich abzuschätzen, um wie viele Perso-

nen es sich dabei handeln könnte, was die Planung und Koordination erschwert.»

Familien sollen möglichst nicht in Zivilschutzanlagen

Hinzu kommt, dass vor allem Frauen und Familien auf der Flucht sind. Männer im wehrfähigen Alter dürfen die Ukraine derzeit nicht verlassen. Die Unterbringung von Familien stelle höhere Anforderungen an die Unterkünfte, bestätigt Bolliger: «Wie bereits während der letzten grossen Flüchtlingskri-

se im 2015/2016 wird für diese Personengruppen nach Möglichkeit von der Unterbringung in Zivilschutzanlagen abgesehen.»

Das der Kanton Luzern seiner Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nachkommt, fordern Vertreter verschiedener Parteien auf Anfrage. FDP-Präsidentin Jacqueline Theiler sagt, Hilfe müsse vor Ort wie auch mit der Aufnahme von Flüchtlingen geleistet werden. SP-Präsident David Roth verlangt, dass sich unser Land an Programmen zur Aufnahme von Flüchtlingen

beteiligt. Ähnliches fordern die Grünen in einem Dringlichen Vorstoss. Zudem sollen Firmen, an denen der Kanton beteiligt ist, ihre Geschäftsbeziehungen zu Russland prüfen und gegebenenfalls beenden.

Caritas: In der Schweiz ist ein Kraftakt nötig

Von einem Kraftakt, die nötige Infrastruktur in der Schweiz bereitzustellen, spricht man bei der Caritas Schweiz. Nach der letzten grossen Flüchtlingswelle seien weniger Plätze vorhanden und diese seien «im Moment stark ausgelastet», so Caritas-Sprecher Stefan Gribi.

Auch bei der Caritas stellt man fest, dass die Koordination der Hilfe für die Flüchtenden schwierig ist, was sich bereits in Osteuropa zeige. Hinzu komme, dass bei der Aufnahme von Familien besondere Strukturen nötig seien. «Bundesasylzentren sind für Familien keine geeigneten Unterkünfte», sagt Gribi. «Zudem werden sich bald Fragen zur Einschulung oder Erwerbstätigkeit stellen.»

In der Schweiz bieten bereits Privatpersonen Wohnungen für Flüchtlinge aus der Ukraine an, unter anderem auf einer Plattform der Kampagnenorganisation Campax. Auch die Hilfswerke arbeiten an Konzepten. Wie kann die Bevölkerung am besten helfen? Am dringendsten würden Spenden für die Hilfe vor Ort benötigt, sagt Gribi von der Caritas, welche wie auch das Schweizerische Rote Kreuz einen Aufruf gestartet hat. «Wir spüren eine enorme Spendenbereitschaft.»

Mutter berichtet vom Leben im Bunker

Eine Ukrainerin ist bei ihrem Verlobten in Luzern, ihre Familie seit Kriegsbeginn in einem Keller in Charkiw.

Janick Wetterwald

Die erste Frage beantwortet Marta* glücklicherweise mit folgendem Satz: «Uns geht es allen gut, wir leben und sind gesund.» Marta befindet sich mit ihrer Familie und einer Nachbarsfamilie in einem Bunker unterhalb ihrer Wohnung in der Stadt Charkiw. Dort gab es gestern heftige Angriffe. Froh über die Nachricht ist Martas Tochter Martina*. Aus Angst vor dem drohenden Krieg und dass sie ihren zukünftigen Mann Reto* nicht mehr sehen würde, nahm sie Mitte Februar einen Flieger in die Schweiz. Nun lebt das Paar zusammen in einer Luzerner Landgemeinde. Die Hochzeit der beiden ist für Anfang März geplant – aber das ist aktuell Nebensache.

In diesen Tagen checkt Martina regelmässig die News und informiert sich, was in ihrer Heimat passiert. «Ich habe Angst um eine Familie und wir können leider nur selten telefonieren», schreibt die besorgte Tochter. Es sei schwierig, aus der Ferne zu helfen. «Wir sollten hier alle zusammenstehen und die Leute in der Ukraine wissen lassen, dass



In diesem Keller in der ukrainischen Stadt Charkiw verbunkern sich elf Menschen.

Bild: PD

wir sie unterstützen.» Wenn sie es mal schaffe, mit ihrer Mutter zu telefonieren, dann «frage ich sie, ob sie noch genug stark sind». Oft höre sie dann aber über das Telefon den Alarm und ihre Familie gehe zurück in den Bunker, wo keine Verbindung möglich sei. «Normalerweise schreibt sie mir so regelmässig wie möglich, dass alles ok ist.»

Schon seit dem 24. Februar, also seit Kriegsbeginn, harrt Marta zusammen mit zehn weiteren Personen im Bunker aus. Die Essensvorräte sollten für die nächsten zwei Wochen ausreichen, teilt Marta der «Luzerner Zeitung» auf Anfrage schriftlich mit. Marta schreibt weiter: «Vielmehr machen wir uns Sorgen um die Gesundheit und die

medizinische Versorgung der älteren Personen.» Die Situation in der Stadt sei «schrecklich. Die Bomben treffen Militäranlagen, aber auch Schulen und Hochhäuser. Viele Häuser sind ohne Strom». Laut Martina gelangen ihre Verwandten in der Ukraine hauptsächlich via Telegramm-Gruppen, in denen Nachrichten von offiziellen Quellen gesammelt und zur Verfügung gestellt würden, an Informationen zur Entwicklung der Lage. Ihre Mutter Marta schreibt weiter: «Wir versuchen auch direkt mit anderen Freunden und Bekannten in der Stadt in Verbindung zu bleiben. So erhalten wir ebenfalls Informationen und können nachfragen, ob es ihnen gut geht.»

Explosionen als Taktgeber und grosse Solidarität

Es sei eine grosse Herausforderung, unter diesen Bedingungen zu leben. «Wir gehen in den Bunker, sobald wir den Alarm oder Explosionen hören, und wir verlassen ihn wieder, wenn es ruhig ist.» Es sei selten ruhig. Die Zeit reiche dann immerhin, um auf die Toilette zu gehen oder für die älteren Personen für

etwas Bewegung. Mutter Marta schreibt weiter: «Es ist hart für mich, ruhig zu bleiben und klar zu denken. Aber es ist notwendig für die Sicherheit meiner Familie.» Trotz der schwierigen eigenen Lage würden sie versuchen, anderen Leuten zu helfen. «Wir wissen von einer Frau mit einem vierjährigen Kind. Sie haben in ihrem Haus keinen Strom mehr und frieren bei kalten Temperaturen. Aktuell versuchen wir, irgendwie Hilfe für die beiden zu organisieren.» Das Risiko nach draussen zu gehen sei aber wegen des anhaltenden Beschusses sehr hoch.

Der Termin für die Hochzeit von Martina und Reto Anfang März bleibt bestehen. Martina schreibt: «Es wird eine zivile Trauung. Die Ehe und die damit verbundene Aufenthaltserlaubnis hilft mir dann auch, einen Job zu bekommen – ich will meine Familie so gut es geht finanziell unterstützen.» Martina hofft, dass nach dem Krieg ihre ganze Familie in die Schweiz reisen kann, um die Ehe zu feiern. Fröhlich und in Sicherheit.

*Namen der Redaktion bekannt.